

Nachhaltigkeit statt Marktgläubigkeit

Lehren für die Politik aus der Corona-Pandemie

Reinhard Loske

Zusammenfassung

Die gegenwärtige COVID-19-Pandemie ist neben dem unmittelbaren menschlichen Leid, das sie erzeugt, eine schmerzhaft Offenkundigkeit von nicht-nachhaltigen und nicht-resilienten Strukturen und eine Sichtbarmachung von weltumspannender Verletzbarkeit menschlicher Gesellschaften.¹

Sieben Fehlentwicklungen

Es sind vor allem sieben Fehlentwicklungen, die durch die Pandemie und ihre Folgen offenkundig geworden sind und werden:

Das Ignorieren von Naturgrenzen hat einen hohen Preis

Die Krise hat aufgedeckt, dass die systematische Nichteinhaltung von Naturgrenzen durch Menschen erhebliche Selbstgefährdungen und Risiken mit sich bringt. Ob es das nutzungs- und erschließungsgetriebene Vordringen in entlegenste und von Menschen weitgehend unberührte Naturgebiete ist, welches uns mit gefährlichen Virenstämmen in Kontakt bringt, oder die renditegetriebene Massenhaltung von Nutztieren auf engstem Raum, die nicht nur die schnelle Übertragung von Viren befördern kann, sondern auch nitratbelastetes Grundwasser, gewaltige Stickstoffeinträge in Ökosysteme



Reinhard Loske

ist Professor für Nachhaltigkeit an der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Bernkastel-Kues und deren Präsident. Sein jüngstes Buch „Politik der Zukunftsfähigkeit. Konturen einer Nachhaltigkeitswende“ (S. Fischer 2016) ist von der Deutschen Umweltstiftung als „Umweltbuch des Jahres 2016“ ausgezeichnet worden.

me oder multiresistente Keime zur Folge hat, die aus rücksichtslosem Antibiotikaeinsatz resultieren, stets haben wir es mit einer Überbewertung von vermeintlich ökonomischem Nutzen und einer Unterbewertung von Gesundheitsgefahren und Umweltrisiken zu tun.² Die Respektlosigkeit gegenüber der Natur und ihren Grenzen hat einen hohen Preis, nicht nur im Zusammenhang mit der Ausbreitung von gefährlichen Viren, sondern ganz grundsätzlich im Sinne unserer (Über)Lebensfähigkeit. Die Gesundheit der Menschheit und die Gesundheit des Planeten sind aufs Engste miteinander verwoben.

Reflektierte Vorsorgepolitik ist erfolgreicher als Populismus und ProbleMLEUGNUNG

Die Krise hat aufgedeckt, wie unverantwortlich das populistische oder opportunistische Verleugnen von Problemen ist, die auf der Basis solider Wissenschaft als „gefährlich“ und „dringend einzudämmen“ gekennzeichnet werden. Dies ist auch aus dem Umgang mit den Ergebnissen der Klimaforschung bekannt. Diejenigen Staaten, denen eine Verlangsamung der Virusausbreitung durch faktenbasierte und reflektierte Vorsorge gelang („Flatten the curve!“), haben es zumeist geschafft, das medizinische Angebot (an Krankenhäusern, Personal, Geräten und Testkapazitäten) oberhalb der Bedarfe von tatsächlich oder potenziell Infizierten zu halten und die Zahl der Verstorbenen zu begrenzen. Demgegenüber haben Staaten, deren politisch Verantwortliche das Problem heruntergespielt und die wissenschaftlichen Empfehlungen nicht ernstgenommen haben, hohe Zahlen an Verstorbenen zu beklagen.

Reflektierte Vorsorgeorientierung auf der Grundlage von Wissen und realistischer Einschätzung von eigenen Kapazitätsgrenzen ist politisch erfolgreicher als faktenverleugnendes Wunschdenken. Glaubt man der Demoskopie, so werden hierzulande politischer Mut und Entscheidungsstrenge in Sachen COVID-19-Bekämpfung vom Wahlvolk jedenfalls eher belohnt als Lavieren und mangelnder Handlungswille. Die im Kontext der Klimakrise von interessierter Seite immer wieder kolportierte Maxime, man könne den Menschen „die Wahrheit“ nicht zumuten und dürfe ihnen nicht zu viel abverlangen, wäre im Falle der COVID-19-Krise tödlich gewesen. Die Lehre: Das Volk verträgt die Wahrheit durchaus und kann Notwendiges einsehen.

Auf die Spitze getriebene globale Arbeitsteilung und Transportabhängigkeit machen verletzbar

Die Krise hat aufgedeckt, dass die kostensenkungsgetriebene Beschleunigung (kaum noch Lagerhaltung, alles „just in time“) und Vertiefung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung (reine Orientierung an Kosteneffizienz, vollflexibilisierte Standort- und Zuliefererwahl) die Robustheit unserer Ökonomien nicht gestärkt, sondern geschwächt hat. Es ist offenkundig geworden, wie sehr die langen und komplex verwobenen globalen Lieferketten davon abhängen, dass jedes ihrer Glieder schnell, reibungslos und störungsfrei funktioniert. Ist das – wie in der COVID-19-Krise gesche-

hen – nicht der Fall, kann es selbst bei einfachsten Produkten zu tatsächlichen oder gefühlten Engpässen kommen, die massive Probleme erzeugen (z.B. fehlende Atemschutzmasken oder Medikamente) oder irrationales Verbraucherverhalten auslösen (Hamsterkäufe).

Müssen lebensnotwendige Güter von weither über lange Transportketten herangeschafft werden bzw. ist ihre Produktion vor Ort aus Kostengründen aufgegeben worden, so ist die mangelnde Verfügbarkeit dieser Güter im Krisenfall der Preis der ökonomischen Globalisierung. Hohe Störanfälligkeit, mangelhafte Resilienz und Kostenexternalisierung (z.B. Abwälzung von Umweltschäden wie Lärm und Luftverschmutzung auf die Gesellschaft) sind zentrale Charakteristika überglobalisierter Ökonomien. Kurz: Resilienz und (ein abstrakt-ökonomisches Verständnis von) Effizienz stehen heute in einem erheblichen Spannungsverhältnis zueinander.³

Öffentliche Daseinsvorsorge ist mehr als ökonomische Effizienz

Die Krise hat aufgedeckt, wie wichtig eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für das Funktionieren jedes Gemeinwesens ist. Systemrelevant sind vor allem diejenigen, die für die Bereitstellung der elementarsten Dinge des Lebens arbeiten, für Trinkwasser, Nahrungsmittel, Gesundheit, Betreuung und Pflege, Bildung, Energie, Transport, Kreislaufwirtschaft, Entsorgung oder Kommunikation. Diese zentralen Sektoren der Gesellschaft einem verengten betriebswirtschaftlichen Kalkül zu unterwerfen und sie unter permanenten Rationalisierungs- und Wettbewerbsdruck zu setzen, betrachten mittlerweile viele Bürgerinnen und Bürger als schweren Fehler – zu Recht.

Da, wo Infrastrukturen systematisch entstaatlicht, privatisiert und dereguliert wurden, hat sich ihre Leistungsfähigkeit für die Gesellschaft insgesamt reduziert, vor allem für einkommensschwache Gruppen, die auf den Zugang zu öffentlichen Leistungen angewiesen sind. Diese Schwächung schlägt vor allem in Krisen wie der aktuellen voll durch.

Sorgearbeit und Empathie gehören zum Gesellschaftsfundament

Die Krise hat aufgedeckt, wie essenziell die kleinen Lebenskreise der Gesellschaft, die Familien, Partnerschaften, Freundeskreise, Nachbarschaften und Gemeinschaften für das sind, was gemeinhin als Sorgearbeit oder „Care-Arbeit“ bezeichnet wird. Die große Bedeutung dieser überwiegend nicht-ökonomisierten Tätigkeiten ist in der Krise auch deshalb besonders sichtbar geworden, weil geldvermittelte Transaktionen und Konsummöglichkeiten generell durch die Vorsorgemaßnahmen zur Viruseindämmung lange Zeit stark eingeschränkt waren.

Offensichtlich wurde in der Krise aber zugleich, dass der Löwenanteil der nicht oder schlecht entlohnten Sorgearbeit nach wie vor auf weiblichen Schultern liegt, während die Erwerbstätigkeit noch immer eine Männerdomäne ist, vor allem die gut entlohnte. Schlimmer noch: Überwunden geglaubte Rollenfestlegungen für Frauen erfahren im Zeitraffertempo eine fragwürdige Renaissance. Diese Erfahrungen werden

zu intensiven gesellschaftlichen Diskussionen über Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, der Aufteilung und Ausbalancierung von Erwerbs- und Sorgearbeit, der Sinnstiftung durch Arbeit (befriedigende statt „entfremdete Arbeit“), der Arbeitszeitverkürzung und des bedingungslosen Grundeinkommens führen.

Die Neuvermessung und Neuorganisation der verschiedenen Arbeitswelten steht jetzt an. In diesem Prozess wird die Digitalisierung eine wichtige Rolle spielen, vom Home-Office bis zum Video-Conferencing. Aber sie wirft auch selbst neue Fragen auf, die der politischen Regulierung und Gestaltung bedürfen, vom gewaltigen Energie- und Ressourcenverbrauch des Internets bis zur erwarteten „Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit“ von abhängig Beschäftigten durch manche Arbeitgeber, von Verletzungen des Datenschutzes bis zur großen Macht der Digitalmonopole, die immer mehr über uns alle wissen.

Suffizienzerfahrungen als mögliche Quelle für Gesellschaftswandel

Die Krise hat aufgedeckt, dass Einschränkungen von vielen dann akzeptiert werden, wenn sie nachvollziehbar sind, gut kommuniziert werden und es bei der Lastenteilung gerecht und ohne Privilegien für einzelne Interessengruppen zugeht. Natürlich gab es nirgends Freude über die Restriktionen im Gefolge der COVID-19-Krise, aber die gemeinsam gemachte Erfahrung von Entschleunigung und Entkommerzialisierung hat bei durchaus nicht wenigen Menschen die Frage aufgeworfen, ob das Leben im Hamsterrad der Konsumgesellschaft wirklich alternativlos ist. Die Tatsache etwa, dass an Straßen durchgeatmet werden konnte oder am Himmel Ruhe herrschte, war für viele Menschen eine erfreuliche Ersterfahrung.

Es ist nicht ausgemacht, ob die erzwungene Suffizienz – weniger Erwerbstätigkeit, weniger Shopping, weniger Mobilität, weniger Urlaubsreisen – bei der Mehrheit der Bevölkerung zu Maßhalten aus Einsicht und einer stärkeren Wertschätzung für das Nahliegende und Elementare führt oder als Gegenreaktion eher Konsumismus und Hypermobilität befeuert werden. Es gibt aber durchaus Anzeichen dafür, dass die während der Krise gemachten Erfahrungen von Konzentration aufs Wesentliche, Selbstsorge, Empathie, Hilfsbereitschaft, Naturwahrnehmung und Resonanz auch in Zukunft Früchte tragen können, wenn politische Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden und es nicht wieder zur Rückkehr in eine allumfassende Ökonomisierung des gesellschaftlichen Lebens kommt.

Wir leben in einer Welt, handeln aber nicht nach dieser Einsicht

Die Krise hat aufgedeckt, dass wir als Menschheit mindestens im Hinblick auf globale Großgefahren längst in der „Einen Welt“, der „One World“ leben, von der die internationale Solidaritätsbewegung seit langem als Leitbild spricht. Von Viren infiziert werden kann potenziell jede und jeder, ob in China oder den Vereinigten Staaten, in Brasilien oder Europa. Zugleich ist aber offenkundig geworden, dass nicht nur die realen Betroffenheiten durch das Virus stark differieren, etwa in Bezug auf Sozial-

struktur, Altersstruktur oder Bevölkerungsdichte, sondern auch die politischen Antworten.

Es sticht ins Auge, dass bei der Viruseindämmung nicht globale oder supranationale Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation oder die Europäische Union die Federführung innehatten, sondern die Nationalstaaten und subnationalen Einheiten mit ihren vorhandenen und historisch gewachsenen Handlungskapazitäten. Das war aus Gründen der schnellen Implementierungsfähigkeit notwendiger Maßnahmen zunächst nachvollziehbar und effektiv, hatte aber Nebenwirkungen, die uns möglicherweise noch länger beschäftigen. Dazu gehören vor allem Grenzsicherungen, nationale Beschaffungsegoismen bei notwendigen medizinischen Gütern sowie Solidaritätsverweigerungen gegenüber Staaten mit hoher Betroffenheit und geringer Handlungskapazität. Jedenfalls kann nüchtern festgehalten werden, dass die Globalität des Problems nur unwesentlich zu einer reflektierten Internationalität im Handeln der Staaten beigetragen hat.

Die Idee der sogenannten „Global Governance“ hat durch die COVID-19-Krise jedenfalls keinen Auftrieb erfahren, eher im Gegenteil. Was aber folgt daraus, wenn doch gleichzeitig offenkundig geworden ist, dass Pandemien (ebenso wie Klimawandel oder der Biodiversitätsschwund) globale Probleme sind und globale Antworten erfordern?

COVID-19 und die ökologische Krise: Gibt es gemeinsame Wurzeln?

Die beschriebenen Tendenzen werden durch die COVID-19-Krise in besonderer Weise freigelegt und wie unter dem Vergrößerungsglas sichtbar. Aber sie sind alles andere als neu, sondern schon vielfach beschrieben und kontrovers diskutiert worden. Besonders im Kontext der Ökologiedebatte sind die meisten dieser Tendenzen seit fünfzig Jahren bekannt.

1972 wurde im Bericht an den *Club of Rome* über die „Grenzen des Wachstums“ in schonungsloser Klarheit gezeigt, dass Naturzerstörung, Umweltbelastung, Ressourcenübernutzung und Bevölkerungswachstum zu einem umfassenden Kollaps der Weltgesellschaft führen können, wenn nicht gegengesteuert wird. Dabei hatte der Bericht einen Doppelcharakter: Er war Untergangsszenario und Mutmacher gleichermaßen, weil er wissenschaftsbasiert und akribisch die verheerenden Folgen des „Weiter wie bisher“ darlegte und zugleich Wege aus der Gefahr beschrieb: von einer anderen Energie-, Rohstoff-, Umwelt- und Naturschutzpolitik über angepasste Landnutzungsformen bis zur Stabilisierung der Weltbevölkerung.

Fast alle politisch Verantwortlichen in den westlichen Industriestaaten, dem damals noch existierenden „Ostblock“ und den sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern der Südhemisphäre haben die wissenschaftsbasierten Szenarien über die Folgen grenzenlosen Wachstums jedoch als pessimistisch und fortschrittsfeindlich zurückgewiesen und sind im Ergebnis über die wissenschaftlichen Empfehlungen hinweggegangen.

1992 wurde auf der Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro vereinbart, Biodiversitätsschutz, Atmosphärenschatz sowie nachhaltige Entwicklung in Nord- und Südhemisphäre gerechtigkeitsorientiert voranzutreiben, weil der Menschheit ansonsten eine düstere Zukunft drohe. Zwar war der „Geist von Rio“ nicht widerspruchsfrei, vor allem die Verherrlichung des Wirtschaftswachstums als all-fälligem Problemlöser blieb unhinterfragt, aber die Tendenz war doch eindeutig: Es bedarf eines tiefgreifenden Strukturwandels, um den menschlichen Nutzungsdruck auf die Naturgüter deutlich abzusenken und zukünftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. In diesem Prozess, so der Tenor, habe die industrialisierte Welt eine Vorreiterrolle einzunehmen, da sie aufgrund ihres hohen Ressourcenverbrauchs die Hauptverursacherin der ökologischen Krise sei.

Da die frühen 90er Jahre nach dem Ende der Systemkonkurrenz aber zugleich den endgültigen Durchbruch neoliberalen Denkens und Handelns mit sich brachten, geriet die Rio-Agenda trotz anhaltender Nachhaltigkeitsrhetorik alsbald an den Rand. Die Themen Handelsliberalisierung, Deregulierung, Wettbewerbsförderung und „schlanker Staat“ bestimmten fortan die Tagesordnungen vieler Staaten.

2015 wurden von der Staatengemeinschaft zwei Dokumente verabschiedet, die Klimaschutz und Nachhaltigkeit endgültig zu Selbstverständlichkeiten machen sollten, die „Sustainable Development Goals“ (SDG) der Vereinten Nationen und der Pariser Klimavertrag. Auch hier finden sich wieder Zweideutigkeiten, permanentes Wirtschaftswachstum blieb einmal mehr das große Tabu. Aber dennoch bieten beide Abkommen im Grundsatz eine gute Basis, um das sozial-ökologisch Notwendige anzugehen, fundamentale Veränderungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, in sozialer Praxis und individuellen Lebensstilen, Produktion und Konsumtion, Technologien und Infrastrukturen, Gesetzen und Institutionen.

All diese Studien, Konferenzen, Deklarationen und Verträge haben bislang jedoch nicht bewirkt, dass es zu einer Trendumkehr im gestörten Verhältnis von Mensch und Natur gekommen ist. Von partiellen Erfolgen abgesehen, etwa beim Schutz der atmosphärischen Ozonschicht, gilt leider das Gegenteil: Der Ausstoß an menschengemachten Treibhausgasen nahm ebenso ungebrochen zu wie die Zerstörung natürlicher Lebensräume und der biologischen Vielfalt, der Verbrauch an nicht-erneuerbaren Ressourcen ebenso wie die Degradierung von Böden und die Ausbreitung von Wüsten, die Belastung der Ozeane ebenso wie die Berge von Müll.

Schuld und Scheitern: Von menschlicher Unzulänglichkeit und systemischen Fehlern

Die Erklärungsangebote dafür, warum aus den vielfältigen Willensbekundungen für eine nachhaltige und bessere Welt bislang so wenig geworden ist, sind mannigfaltig.⁴

Zu nennen wäre hier etwa die Großtheorie des „Anthropozäns“, die die Menschheit seit dem Beginn des Industriezeitalters vor zwei Jahrhunderten in der Rolle der zentralen Gestalterin von geologischen, atmosphärischen und biologischen Prozessen sieht.⁵ Diese Gestaltungsprozesse hätten für die Natursysteme einstweilen überwie-

gend zerstörerische Folgen, weil „der Mensch“ noch nicht gelernt habe, seinen Stoffwechsel mit der Natur so vernunftgemäß zu gestalten, dass dabei etwas dauerhaft Tragfähiges herauskomme. In Zukunft gehe es darum, dieses Bewusstseinsdefizit zu überwinden und die uns zugewachsene Gestalter-Rolle aktiv und im Sinne der Nachhaltigkeit zu nutzen.

Andere halten das „Anthropozän“-Konzept nicht für falsch, aber seinen Erklärungsgehalt für unzulänglich. Sie sprechen lieber vom „Kapitalozän“ oder dem Erdzeitalter des Geldes.⁶ Nicht der Mensch „an sich“ sei für die Ausbeutung und Zerstörung der Natur verantwortlich, sondern eine bestimmte Gesellschaftsform, nämlich der Kapitalismus mit seinen Wesensmerkmalen Akkumulations- und Wachstumszwang, Eigentumsfetisch, Mehrwertaneignung, Ausbeutung von Mensch und Natur sowie Entfremdung der Menschen von sich selbst, der Gesellschaft, dem Produktionsprozess und der Natur. Erst mit der Überwindung oder zumindest Einhegung des Kapitalismus könne die vernunftgemäße Gestaltung des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur beginnen, also auch die nachhaltige Entwicklung.

Eher ökologisch orientierte Anhänger marktwirtschaftlicher Systeme sehen wiederum anhaltende Umweltschäden vor allem als Ergebnis eines Preissystems, das nicht die „ökologische Wahrheit“ sagt und Knappheiten nicht richtig spiegelt.⁷ Ihnen geht es um die Internalisierung externer Effekte, also etwa von Klima-, Umwelt- oder Gesundheitsschäden, in die Preisbildung auf den Märkten. Ökonomischer Effizienz-, Wachstums- und Wettbewerbsorientierung stehen diese Protagonisten einer „grünen Marktwirtschaft“ nicht ablehnend gegenüber, allerdings soll die hohe Innovationsdynamik des Marktsystems über preisbasierte (z.B. CO₂-Steuern) oder mengenbasierte Instrumente (z.B. handelbare Emissionsrechte für CO₂) in eine nachhaltige (z.B. kohlenstoffneutrale) Zukunft gelenkt werden. Politische Hauptaufgabe ist für diese Denkrichtung die Schaffung von marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Anreize für ökologisches Produzieren und Konsumieren geben.

Thesen zum Ende des Ökonomismus

In pluralistischen Gesellschaften wie der unseren wird darüber zu streiten sein, ob die ökologisch-soziale Krise eher „den Menschen“ und ihrem mangelhaften Bewusstsein, „dem Kapitalismus“ mit seinen systemischen Eigenschaften oder falschen Anreizstrukturen in der Marktwirtschaft anzulasten ist. Das gilt erst recht, weil auch weitere Deutungsmuster in der Diskussion sind, etwa der Verweis auf ungerechte Weltwirtschaftsbeziehungen, post-koloniale Spätfolgen, geopolitische Machtkämpfe oder die anhaltende militärische Hochrüstung, die verhindert, dass es zu einer „Friedensdividende“ kommt, die zur Finanzierung weltweit nachhaltiger Entwicklung dienen könnte.

Eines aber deutet sich schon jetzt an: Das politische Grundempfinden wird in vielen Ländern vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der COVID-19-Krise und der sich verschärfenden Klimakrise ein anderes sein als bisher. Dass die Ökonomisierung immer weiterer Sphären der Gesellschaft, vom Gesundheitswesen über das Bildungs-

wesen bis hin zu den Infrastrukturen für Wasser, Energie, Verkehr, Wertstoffe und Kommunikation, in Zukunft auf mehr Widerstand stoßen wird, darf realistischerweise angenommen werden.

Die Sicht, scharfer Wettbewerb, allgegenwärtige Kosten(senkungs)orientierung, beschleunigte und vertiefte Arbeitsteilung im Weltmaßstab sowie systematische Entstaatlichung und größtmögliche Deregulierung seien die wirtschaftspolitischen Schlüssel zur Wohlstandsmehrung, wird weiter unter Druck geraten, wesentlich stärker als nach der Finanzkrise.

Es mag verfrüht sein, von der „Corona-Dämmerung des Neoliberalismus“ zu sprechen, oder die COVID-19-Krise als „letzten Sargnagel“ für den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu bezeichnen. Aber der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, wird durch etwas Neues abgelöst werden, dessen Gestalt wir uns noch nicht recht vorstellen können. Gerade das ist ja das Wesen des Neuen.

All diejenigen, die für Nachhaltigkeit und Ökologie, Gerechtigkeit im Weltmaßstab und eine stabile Friedensordnung streiten, müssen nun mit guten Argumenten, guten Gestaltungskonzepten und guten Durchsetzungsstrategien in die öffentliche Debatte gehen. Dabei sollten sie sich von der Einsicht leiten lassen, dass

- COVID-19-Krise hier und Klima-, Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitskrise dort zwar Unterschiede aufweisen, etwa bezüglich der Zeithorizonte und der Vehemenz der unmittelbaren Folgen, die Wurzeln der beiden Krisen aber stark verwoben sind und von Naturvergessenheit über Faktenverleugnung bis zu übergriffigem Ökonomismus reichen;
- Krisen immer auch Chancen bieten, ausgetretene Pfade zu verlassen, was für die Politik und uns alle jetzt vor allem bedeutet, nicht in eine Haltung zu verfallen, die nur das schnelle „Zurück-in-die-alte-Normalität“ kennt und Neuorientierungspotentiale ungenutzt lässt,
- im Prozess der sozial-ökologischen Transformation alle gebraucht werden, eine handlungsstarke Politik, ein leistungsfähiger Staat, eine transformationswillige und pluralistische Wirtschaft und vor allem eine vitale Zivilgesellschaft,
- es im Prozess der Neuausrichtung unserer Wirtschaft nicht nur um technische Effizienzstrategien geht, sondern auch um suffiziente Lebensstile, nicht nur um De-Karbonisierung und De-Materialisierung, sondern auch und besonders um Re-Naturierung und Re-Kultivierung.⁸

Jenseits von Staat und Markt: Die Zivilgesellschaft stärken

Für das Gelingen der sozial-ökologischen Transformation sind nicht nur eine handlungswillige Politik, ein leistungsfähiger Staat und eine transformationsbereite Wirtschaft erforderlich, sondern auch und gerade eine wache Zivilgesellschaft.

Politik muss sicherstellen, dass der Prozess des Wandels zur gesellschaftlichen Nachhaltigkeit vorsorgeorientiert und gerecht verlaufen kann, wobei diese Grundorientierung innergesellschaftlich, international und intergenerativ zu gelten hat. Sie muss

die staatlichen Ziele gut begründen, kommunizieren und durchsetzen, auch gegen Widerstände. Ihr obliegt die Aufgabe, klare Regeln für die Wirtschaft zu setzen, gegen Machtballung und unmäßige Unternehmensgrößen, Steuerflucht und Kostenabwälzung auf die Gesellschaft. Ohne einen grundsätzlichen Primat der Politik über wirtschaftliche Partikularinteressen und einen neuen Generationenvertrag geht das nicht.

In Zukunft gilt es auch wieder verstärkt nach Wegen jenseits von Staat und Markt Ausschau zu halten. Denn so sehr es den neoliberalen Zeitgeist einer allumfassenden Ökonomisierung zurückzudrängen gilt, so wenig angemessen wäre es, nun alles auf die Karte „starker Staat“ zu setzen und „Vater Staat“ hochleben zu lassen. Auch dieser hat, das lehrt die Geschichte, einen starken Hang zur Übergriffigkeit. Der „Überwachungsstaat“ Orwell'scher Provenienz ist ebenso wenig erstrebenswert wie der „Überwachungskapitalismus“ (Shoshana Zuboff) mit seinem digital getriebenen Hunger nach Wissen über uns und unser Leben.

Weder blinder Marktglaube noch übertriebener Steuerungsoptimismus sollte zum Hauptwesenszug der sozial-ökologischen Transformation werden, sondern die Fähigkeit zur reflektierten, verantwortungsbewussten und gemeinsamen Gesellschaftsgestaltung. Die Rolle der Zivilgesellschaft und ihre Weiterentwicklung zur aktiven Teilhabe- und Verantwortungsgesellschaft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir stehen vor einer gesellschaftlichen Reifeprüfung und sollten alles daransetzen, sie zu bestehen.

Anmerkungen

- 1 Dieser Text basiert auf einer Studie des Autors für Greenpeace Deutschland von Juni 2020, die in deutscher und englischer Sprache erschienen ist. Die jeweiligen Langfassungen finden sich hier: <https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-gesellschaft/ein-blick-nach-vorne> und hier <https://www.econstor.eu/handle/10419/222291>
- 2 Worster, Donald (2020): Another Silent Spring. „The people had done it themselves“: <http://www.environmentandsociety.org/exhibitions/another-silent-spring/people-had-done-it-themselves>
- 3 Meadows, Dennis (2020): Limits to growth and the COVID-19 epidemic: <https://www.chelseagreen.com/2020/limits-to-growth-covid-epidemic/>
- 4 Loske, Reinhard: Klimapolitik: Diesmal wirklich am Scheideweg?, in: GWP, 68. Jg., H. 4/2019: 469-478
- 5 Steffen, W., Crutzen, P.J., Mc Neill, J.T (2007): The Anthropocene: Are Humans Now Overwhelming the Great Forces of Nature?: https://www.pik-potsdam.de/news/public-events/archiv/alternet/former-ss/2007/05-09.2007/steffen/literature/ambi-36-08-06_614_621.pdf
- 6 Altwater, E. (2018): Kapitalozän. Der Kapitalismus schreibt Erdgeschichte: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/kapitalozaen/>
- 7 Edenhofer, O., C.M. Schmidt (2018): Eckpunkte einer CO₂-Preisreform: http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-positionen/pos_072_eckpunkte_einer_co2-preisreform.pdf
- 8 Loske, R. (2020): Von der Corona-Krise zur nachhaltigen Wirtschaft. Was zukunftsorientierte Politik jetzt leisten muss: <https://agora42.de/corona-krise-und-nachhaltigkeit-reinhard-loske/>